



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

M 904 Motion Steiner Bernhard und Mit. über die Offenlegung der betriebswirtschaftlichen Modellrechnungen für das Spital Wolhusen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Motion M 904 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Bernhard Steiner hält an der Dringlichkeit fest.

Bernhard Steiner: Die fünf Kriterien der Geschäftsordnung des Kantonsrates zur dringlichen Behandlung der Motion sind klar erfüllt. Diskussionen über das Leistungsangebot im Spital Wolhusen haben unbestritten ein hohes politisches Gewicht, wie das auch die ausführlichen Debatten im Rahmen der letzten Session gezeigt haben. Seitens der Regierung und des Luzerner Kantonsspitals hat man Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit und zu den betriebswirtschaftlichen Modellrechnungen gemacht, die als Entscheidungsgrundlage für das geplante Leistungsangebot dienen sollen. Die Thematik ist aber deswegen hochbrisant, weil primär Modellrechnungen zu Ambulatorien und Reha-Kliniken gemacht wurden. Die Bevölkerung und die Behörden hat man im Glauben gelassen, man baue ein modernes Grundversorgungsspital. Das Anliegen erträgt auch deshalb keinen Aufschub, weil der runde Tisch, an dem das verlorene Vertrauen wieder aufgebaut werden soll, bereits im August 2022 stattfinden soll. Die Regierung hat Vorstösse dringlich erklärt, bei denen es um die Schliessung von Polizeiposten in den Sommerferien geht, hingegen soll die politische Diskussion nicht dringlich sein, bei der die Gründe für den Leistungsabbau am Spital Wolhusen geklärt werden sollen. Das verstehen die Bürgerinnen und Bürger wirklich nicht mehr. Ich halte an der Dringlichkeit fest und bedanke mich für die Unterstützung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Im Namen der Regierung bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Die Betriebsdaten sind auch in drei oder sechs Monaten noch vorhanden. Es geht hier nicht um einen Abbau, sondern um einen Umbau. Wir werden diese Daten natürlich auch offenlegen. Man muss sie dann aber nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch danach handeln.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 78 zu 29 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.